

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	17
---------------------------------	----

Erstes Kapitel

Quo vadis, Staatsangehörigkeitsrecht?	25
A. Einleitung	25
B. Gang der Untersuchung	31

Zweites Kapitel

Begriff, Rechtsnatur und Ausgestaltung der Staatsangehörigkeit im nationalen Recht und im Völkerrecht	35
A. Die Personalhoheit der souveränen Staaten	37
B. Klassische Funktionen von Staatsangehörigkeit.	38
I. Die traditionelle Zuordnungs- und Abgrenzungsfunktion	38
II. Staatsangehörigkeit als Staatskonstitutivum und Mittel zur Legitimation von Staatsgewalt	40
III. Die Funktion als Integrationsinstrumentarium	44
C. Die Strukturmerkmale der Staatsangehörigkeit.	45
D. Rechtsbegriff und Inhalt der Staatsangehörigkeit	48
I. Bereitschaftsstatus oder Rechtsverhältnis?	48
1. Statustheorie	48
2. Rechtsverhältnis und vermittelnde Theorie	49
II. Grundgesetz und Vorgaben des BVerfG	51
1. Das Fehlen einer Legaldefinition	51
2. Die subjektiv-grundrechtliche Dimension der Staatsangehörigkeit	53
a) Die Staatsangehörigkeit als Abwehr- und Leistungsrecht	53
b) Der institutionelle Garantiegehalt der Staatsangehörigkeit	55
3. Objektiv-rechtliche Grenzen und das „Band einer gemeinsamen Kultur“	56
a) Die objektive Dimension der Staatsangehörigkeit	56
b) Das objektive Band einer gemeinsamen Kultur?	57
4. Die Zulässigkeit von Veränderungen des StAG im Überblick	61
a) Divergenz der Auffassungen bei der Veränderlichkeit	61
b) Offenheit für das Geburtsortprinzip	63

c)	Zulässigkeit von Mehrstaatigkeit	65
aa)	Mehrstaatigkeit als „Übel“	65
bb)	Verfassungsrechtliche Einwände gegenüber mehrfacher Staatsangehörigkeit	66
cc)	Gründe für die Ablehnung des Einzelstaatigkeitsprinzips	68
d)	Zulässigkeit des Optionsmodells	70
e)	Der Volksbegriff des Art. 20 Abs. 2 GG	74
III.	Absage an die Lehre vom tradierten Staatsangehörigkeitsbegriff	78
IV.	Der Staatsangehörigkeitsbegriff des Gesetzgebers im einfachen Recht ...	80
V.	Politische Partizipation nicht wahlberechtigter Ausländer: Staatsangehörigkeitsrechtliche Lösung oder Kommunalwahlrecht für Drittstaater?	83
1.	Meinungsstand	83
2.	Die Sicht des BVerfG und verfassungsrechtliche Grenzen des Art. 28 Abs. 1 GG	84
3.	Der gerechtfertigte Sonderstatus des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger und Bevorzugung der „staatsangehörigkeits- rechtlichen Lösung“	86
VI.	Zwischenfazit	88
E.	Der völkerrechtliche Staatsangehörigkeitsbegriff: Erfordernis des „genuine links“ und Zuordnungsfunktion.	89
I.	Die Grenzen der nationalen Regelungsbefugnis	89
II.	Die Rechtsprechung des IGH im Fall <i>Nottebohm</i>	91

Drittes Kapitel

	Generische Hintergründe der staatsangehörigkeitsrechtlichen Regelungen, aktuelle Novellen des StAG und gesetzliche Grundlagen im einfachen nationalen Bundesrecht.	97
A.	Wurzeln des einfachen Staatsangehörigkeitsrechts	97
I.	Erste Ansätze im Altertum	97
II.	Lehenssysteme im Mittelalter.	99
III.	Erste staatsangehörigkeitsrechtliche Kodifizierungen im 18. und 19. Jahrhundert	100
1.	Die Entwicklung in Frankreich	101
2.	Die Entwicklung in Deutschland	102
a)	Das Nationsverständnis im Deutschen Bund	104
b)	Der „Preußische Unterthan“ ab dem Jahr 1842	105
c)	Die abgeleitete Staatsbürgerschaft nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz vom 1. Juni 1870	106

IV. Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913	108
1. Neuerungen im Vergleich zur vorhergehenden Regelung	108
2. Regelungen in der Weimarer Zeit und während der Herrschaft des Nationalsozialismus	110
3. Die Entwicklung des Staatsangehörigkeitsrechts unter dem Grundgesetz ab 23. Mai 1949	112
a) Übergangsphase bis 1949	112
b) Erste Entwicklungen unter dem Grundgesetz	113
c) Staatsangehörigkeit im wiedervereinigten Deutschland	117
aa) Die Angehörigkeitsbeziehung zur DDR und zur Bundesrepublik	117
bb) Die Novelle des Ausländerrechts 1991	117
B. Aktuelle nationale Entwicklungen ab dem 15. Juli 1999	120
I. Gesetzesinitiativen und Inkrafttreten der Reform	120
II. Das Zuwanderungsgesetz vom 1. Januar 2005	124
III. Das Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 28. August 2007	127
1. Allgemeines	127
2. Änderungen im Aufenthaltsrecht	128
3. Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht	129
IV. Das Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 5. Februar 2009	132
V. Verwaltungsvorschriften seit der Reform	133
VI. Jüngere Gesetzesinitiativen und Entwürfe	134
C. Normative Grundlagen der Einbürgerung und des Verlustes der Staatsangehörigkeit im Staatsangehörigkeitsrecht	136
I. Erwerb der Staatsangehörigkeit durch gesetzlichen Automatismus	137
1. Abstammungsfälle und Adoption (§§ 4, 6 StAG)	137
a) Grundsätzliches	137
b) Die „Findelkindregelung“ des § 4 Abs. 2 StAG	138
c) Der Generationenschnitt als Ausnahme vom ius sanguinis	139
d) Adoptionsfälle des § 6 StAG	140
2. Erwerb durch Geburt im Inland	140
a) Ius-soli-Erwerb unter Vorbehalt der Entscheidungspflicht?	140
b) Bedenken hinsichtlich höherrangigen Rechts	142
c) Anforderungen im Einzelnen	143
3. Staatsangehörigkeitserwerb durch Ersitzung, § 3 Abs. 2 StAG	144
4. Sonstige Erwerbstatbestände nach § 3 Abs. 1 StAG	145

II. Einbürgerungstatbestände: Erwerb durch Verwaltungsakt.	147
1. Die Anspruchseinbürgerung nach § 10 StAG.	149
a) Systematische Stellung	149
b) § 10 Abs. 1 Nr. 2 StAG als „Einfallstor“ für Zuwanderungspolitik	149
c) Wesentliche Anspruchsvoraussetzungen	151
2. Die Soll-Einbürgerung nach § 9 StAG	154
3. Die Ermessenseinbürgerung nach §§ 8, 13 und 14 StAG.	155
a) Der Grundtatbestand des § 8 StAG	155
b) Privilegierung ehemaliger Deutscher.	156
c) Privilegierung nicht im Inland niedergelassener Ausländer	157
III. Verlusttatbestände.	158
1. Entlassung (§§ 18 bis 24 StAG)	160
2. Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit (§ 25 StAG).	161
a) Die Streichung der „Inlandsklausel“ zur Vorbeugung von Missbrauchsfällen	161
b) Freiwilligkeit und Mehrstaatigkeit.	162
c) Verfassungs- und völkerrechtliche Bedenken	163
3. Verzicht und §§ 27, 28 StAG	164
4. Erklärung im Zuge der Optionspflicht (§ 29 StAG).	165
a) Allgemeines	165
b) Völker- und europarechtliche Implikationen	166
5. Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes (§ 35 StAG)	167

Viertes Kapitel

Das Nationalstaatsmodell im Umbruch: Statusveränderungen der Staatsangehörigkeit durch Migrationsentwicklungen, das Angehörigkeitskonzept der Unionsbürgerschaft, den soziologischen Prozess der Entnationalisierung und die Entwicklung der europäischen Menschenrechte.	171
--	------------

A. Die Migrationsentwicklung in Deutschland.	171
I. Historische und empirische Veränderungen	172
1. Migration als Mehrebenenphänomen	172
2. Migrationsentwicklung und Migrationspolitik in Deutschland	176
3. Die Rolle Deutschlands als Einwanderungsland und Integrationsrealitäten in Deutschland	179
a) Deutschland als Einwanderungsland?	179
b) Ausschöpfung des Einbürgerungspotenzials in Deutschland	181
c) Einbürgerungsabsichten und -motive von Ausländern	183
d) Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zur Einbürgerung von Ausländern	184

II. Novellierte rechtliche Ansätze: Die Einflussnahme durch sozialwissenschaftliche Konzepte (denizenship), der Versuch einer perspektivischen Betrachtungsweise im Zusammenspiel von Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht und die Stärkung der individualrechtlichen Komponente durch menschenrechtliche Ansätze . . .	186
1. Die gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Konzepte von Migration und Staatsbürgerschaft.	186
a) Staatsangehörigkeit und Soziologie: Gerechte Verteilungskriterien	187
b) Die Konzepte der denizenship/Wohnbürgerschaft.	191
c) Das Nationalstaatsmodell im Umbruch.	194
aa) Der postnationale Bürgerbegriff und staatsbürgerliche Entnationalisierung	195
bb) Das Gegenmodell: Das Wiedererstarken der nationalen Staatsangehörigkeit	199
cc) Folgerungen für das Konzept der Staatsangehörigkeit	202
2. Versuch einer perspektivischen Betrachtungsweise des Staatsangehörigkeitsrechts und Gestaltungsansätze zur Verwirklichung einer Steuerung von Migrationserscheinungen anhand determinierter Migrationsziele	204
a) Aufenthaltsrechtliche Bestimmungen als Vorstufe der Einbürgerung	204
aa) Horizontale und vertikale Ordnungsmuster der Statusverfestigung	204
bb) Statusvoraussetzungen für den Staatsangehörigkeitserwerb.	208
b) Die Notwendigkeit rechtlicher Grundlagen im Bereich des Migrationsrechts und Perspektiven der Migrationssteuerung	211
aa) Die Steuerbarkeit von Migration durch das Aufenthaltsrecht	211
(i) Migrationssteuerung als Kernaufgabe des Aufenthaltsrechts	211
(ii) Steuerungsmethodik.	214
bb) Die Steuerbarkeit von Migration durch das Staatsangehörigkeitsrecht	217
c) Die Perspektive der Gefahren- und Terrorismusabwehr	220
aa) Im Aufenthaltsrecht.	220
bb) Im Staatsangehörigkeitsrecht	222
d) Ökonomische Entwicklungsansätze: Migranten als „Humanressourcen“	225
aa) Im Aufenthaltsrecht.	226
(i) Punktesystem und verwendungsbezogener Ansatz	226

(ii) Die Systematik der Beschäftigungsmigration unter Erlaubnisvorbehalt	227
(iii) Die „Blue-Card-Richtlinie“ als Meilenstein einer humanbezogenen Steuerung der Arbeitsmigration.	229
bb) Im Staatsangehörigkeitsrecht	231
e) Kulturelle und politische Aspekte: Integrative Migrationsziele . .	234
f) Ausstattung der Migranten mit individuellen Schutzrechten.	237
aa) Im Aufenthaltsrecht.	238
bb) Im Staatsangehörigkeitsrecht	242
g) Perspektivenkoppelung	244
3. Die Verminderung von Statusunterschieden zwischen Staatsangehörigen und Ausländern am Beispiel der Gewährleistungen der EMRK.	246
a) Die Bedeutung der Staatsangehörigkeit in der EMRK	247
b) Der Grundrechtstandard der EMRK	250
aa) Soziale und wirtschaftliche Teilhaberechte im Aufenthaltsstaat.	251
bb) Die Argumentationsfigur der „Verwurzelung“ in der Rechtsprechung des EGMR	253
cc) Justizielle und politische Teilhaberechte.	256
c) Die Ausgestaltung der Diskriminierungsverbote aus Gründen der nationalen Herkunft (Art. 14 EMRK, Art. 4 des 12. Zusatzprotokolls)	257
B. Einfluss und Entwicklung der Unionsbürgerschaft und die schleichende Übernahme der staatlichen Personalhoheit	262
I. Die historische Entwicklung der Unionsbürgerschaft	263
1. Die Versuche zur Bildung einer europäischen Identität	263
2. Der „Marktbürger“ in der Union bis 1992	264
3. Förmliche Ausgestaltung und Erweiterung im Vertrag von Maastricht	265
4. Ergänzungen durch den Amsterdamer sowie Nizzaer Vertrag	266
5. Weiterentwicklung durch den Vertrag von Lissabon	267
II. Die inhaltliche Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft	268
1. Primärrecht	269
a) Die Bestimmung des Art. 20 AEUV	269
b) Das Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEUV	271
aa) Allgemeines.	271
bb) Persönlicher Anwendungsbereich	272
cc) Sachlicher Anwendungsbereich	273
dd) Reichweite und Beschränkungen	275

c)	Die Freizügigkeitsregelung des Art. 21 AEUV	276
aa)	Allgemeines und persönlicher Anwendungsbereich	276
bb)	Sachlicher Anwendungsbereich und Gewährleistungsgehalt	277
cc)	Beschränkungen und Rechtfertigung	278
d)	Das Recht auf Gleichbehandlung, Art. 21 i.V.m. 18 AEUV, und die soziale Dimension der Unionsbürgerschaft	279
e)	Sonstige Rechte	282
f)	Der Einfluss der Grundfreiheiten und der Grundrechtecharta.	285
2.	Sekundärrechtliche Richtlinien im Asyl- und Aufenthaltsrecht	287
III.	Die Stärkung des Unionsbürgerstatus durch den EuGH	290
1.	Die Entwicklung der Rechtsprechung zur Unionsbürgerschaft	290
2.	Die Aushöhlung der Personalhoheit der Mitgliedstaaten	293
a)	Die Aushöhlung der staatlichen Personalhoheit durch die Beeinflussung von Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit. .	295
aa)	Grundsätzliches	295
bb)	Rs. <i>Micheletti</i>	295
cc)	Rs. <i>Rottmann</i>	298
b)	Die Aushöhlung der staatlichen Personalhoheit durch die Gewährung von Statusrechten ohne grenzüberschreitendes Element im Wege der Kernbereichsrechtsprechung	302
aa)	Grundsätzliches	302
bb)	Rs. <i>Zambrano</i> und <i>O. und S.</i>	302
cc)	Rs. <i>McCarthy</i>	308
dd)	Rs. <i>Dereci</i>	311
ee)	Rs. <i>Iida</i>	313
3.	Zwischenergebnis	316
IV.	Bewertung: Überlagerung der nationalen Staatsangehörigkeit durch die Unionsbürgerschaft?	318

Fünftes Kapitel

Der Umgang mit dem empirischen und rechtlichen Wandel bei der Migrationsentwicklung im Einbürgerungsrecht in Bezug auf die Verrechtlichung und Steuerung des Integrationsbegriffs und die Problematik der Mehrstaatigkeit

323

A. Die nationale und internationale Verrechtlichung des Integrationsbegriffs

327

I.	Rechtliche und gesellschaftliche Integration	327
1.	Gesetzliche Begriffsbestimmung von Integration	327
2.	Politische Maßnahmen und Integrationsgesetze	329

3. Europäische Integrationsbestimmung	331
4. Assimilation als Grenze zulässiger Integrationsanforderungen	332
II. Staatsangehörigkeitsrecht und notwendige Integrationsanforderungen bei der Einbürgerung	334
1. Die Notwendigkeit von Integrationsanforderungen im Staatsangehörigkeitsrecht	335
a) „Integration durch Staatsangehörigkeit“ und „Staatsangehörigkeit nach Integration“	335
b) Rechtliche Integration	336
c) Gesellschaftliche Integration	337
d) Vermutete Integration beim Geburtserwerb	339
2. Gesetzliche Integrationsanforderungen im Einzelnen	340
a) Der Einbürgerungstest nach der Integrationskursverordnung	340
aa) Allgemeines	340
bb) Die einfachgesetzlichen Voraussetzungen	341
cc) Verhältnis zu den Integrationsvoraussetzungen im Aufenthaltsgesetz	343
dd) Der Einbürgerungstest als Einbürgerungshindernis	344
ee) Verfassungsrechtliche Zweifel	345
b) Straffälligkeit als Einbürgerungshindernis	347
c) Sprachkenntnisse als Voraussetzung für die Anspruchseinbürgerung	350
aa) Die kultur- und identitätsstiftende sowie integrative Bedeutung der Sprache	350
bb) Die staatliche Ordnung als Kommunikationsordnung	354
cc) Erwerbsvoraussetzung in § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 6, Abs. 4 StAG	356
dd) Sprachkenntnisse als zentrale Voraussetzung im Aufenthaltsrecht	359
ee) Familiennachzug und Sprachkenntnisse	361
d) Loyalitätserklärungen als Indikatoren für Integration und der Ausschluss der Einbürgerung bei verfassungsfeindlichen Bestrebungen	364
aa) Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ..	364
bb) Der Ausschluss von verfassungsfeindlichen und extremistischen Bestrebungen	367
e) Besondere Integrationsleistungen als einbürgerungsrechtliche Privilegierungsmöglichkeit	369
f) Die Unterhaltsfähigkeit nach § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 StAG	373
3. Weitere Integrationshemmnisse	375
a) Wirtschaftliche Hürden als Integrationshindernis	375
b) Sonstige Hinderungsgründe	377
4. Zwischenfazit	379

B. Die Problematik der Mehrstaatigkeit.	380
I. Begriff und Entstehung von Mehrstaatigkeit	383
II. Konfliktmöglichkeiten	386
1. Rechtliche Einwände gegen Mehrstaatigkeit	386
a) Konflikte beim Militärdienst	386
b) Spannungen im Internationalen Privatrecht.	388
c) Kompetenzschwierigkeiten bei der Ausübung des diplomatischen Schutzes	391
d) Mögliche Doppelbesteuerung	394
e) Das „ungerechte“ mehrfache Wahlrecht	395
2. Soziopolitische Erwägungen.	396
a) Loyalitätseinwand und emotionale Gründe	397
b) Behinderung der Integration im Wohnsitzland	401
3. Abschließende Wertung	403
III. Rechtliche Handhabe in Deutschland.	404
1. Völkerrechtliche Beurteilung	404
2. Einfachgesetzliche Verankerung.	409
a) Mehrstaatigkeit und Einbürgerung.	409
aa) Bei den Tatbeständen nach §§ 8, 9 StAG	409
bb) Bei der Anspruchseinbürgerung	411
(i) Allgemeines	411
(ii) Rechtliche und faktische Unmöglichkeit	412
(iii) Der Unvermeidbarkeitseinwand.	415
(iv) Erhebliche Nachteile	420
(v) Sonstige Ausnahmetatbestände	421
(vi) Unionsbürger und Schweizer	423
cc) Ius soli und das Optionsmodell als Vermeidungsstrategie mehrfacher Staatsangehörigkeit	426
dd) Vermeidungsstrategien bei den Verlustmöglichkeiten	428
3. Deutsche Rechtspraxis und Zwischenfazit.	430

Sechstes Kapitel

Lösungsansätze für die Anpassung des Geburtserwerbs der Staatsangehörigkeit an die Migrationsrealitäten zur Stärkung eines ius domicilii, an das moderne Demokratie- und Gleichheitsverständnis und an die „multiplicity of memberships“	433
---	-----

A. Weiterreichende ius-soli-Regelungen unter der Hinnahme von Mehrstaatigkeit	434
B. Das Optionsmodell nach § 29 StAG als Vorbild?	437

C. Rechtsvergleichende Ansätze: Variable Staatsbürgerschaftsrechte nach dem lateinamerikanischen Modell.	442
D. Masings Modell der „limitierten Mehrstaatigkeit der Übergangsgenerationen“	446
E. Die von der „hibernacion“ und dem Modell der limitierten Mehrstaatigkeit motivierten Konzepte einer abgestuften Staatsangehörigkeit	450
I. Erste Ansätze abgestufter Staatsangehörigkeitsmodelle im Rahmen einer „Kinderstaatszugehörigkeit“	450
II. Das von <i>Dornis</i> vorgeschlagene Konzept einer Zwei-Klassen-Staatsangehörigkeit.	453
III. Bewertung, völker- und verfassungsrechtliche Bedenken sowie mögliche Ausgestaltung im Rahmen der „hibernacion“ und dem Modell <i>Masings</i>	455
F. Zusammenfassung und Fazit: Der heutige Stellenwert der Staatsangehörigkeit in der Systematik der heterogenen Rechtspositionen und die notwendige Flexibilisierung in Richtung eines <i>ius domicilii</i>	458
Literaturverzeichnis	467
Stichwortregister.	511